

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16081
Dienstag, 29. Juni 2021

Bauernbund begrüßt Planungssicherheit durch GAP-Einigung	1
EU-Agrarrat: Minister diskutieren Vorgaben zum Bienenschutz	2
Langer-Weninger: GAP-Einigung bringt EU-weite Ökologisierung der Landwirtschaft	3
Freiwillige Herkunftsauslobung "Gut zu wissen" um Milchprodukte erweitert	4
Deutscher Schweinebestand gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig	5
Bio Austria gibt Richtpreise für Futtergetreide "von Bio-Bauer zu Bio-Bauer" bekannt	6
Palfinger setzt in den Firmenküchen auf transparente Herkunft	7
Hofer will Frischfleisch-Sortiment bis 2030 zur Gänze umstellen	8
Berglandmilch erhöht Erzeugerpreis ab Juli um 1 Cent netto	9
Kartoffelmarkt: Ernte der Frühsorten schreitet zügig voran	10
LTC setzte Spatenstich für neues Kompetenzzentrum in Redlham	10
Russland verschärft Kontrolle über importierte Agrarchemikalien	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Bauernbund begrüßt Planungssicherheit durch GAP-Einigung

Strasser/Schmiedtbauer: Bestehende Programme verbessern und ausbauen statt ersetzen

Wien, 29. Juni 2021 (aiz.info). - "Das Ziel, unsere ökosoziale Agrarpolitik als Vorzeigemodell in Europa zu etablieren, ist mit dieser GAP-Reform gelungen. Die bei uns schon seit Jahren gelebte ressourcenschonende Nutzung mit Fokus auf Umwelt- und Tierschutz wird durch die neue Europäische Agrarpolitik jetzt auch auf andere Länder ausgedehnt. Wir sind seit Jahren Vorreiter, die anderen EU-Mitgliedstaaten müssen nachziehen. Damit wird die GAP gerechter", kommentiert Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** die Einigung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). "Es war wirklich höchste Zeit für diese Einigung. Damit können wir unseren Bäuerinnen und Bauern einen Plan vorlegen, auf den sie sich ab 2023 einstellen können", so der neu gewählte Präsident. Er begrüßt die Anrechnung der Vorleistungen aus der 2. Säule, der Ländlichen Entwicklung, und der damit verbundenen Erfolgsprogramme wie das Agrarumweltprogramm ÖPUL, die Ausgleichszulagen, die Bio-Programme oder die Tierwohlprogramme. * * * *

GAP wird grüner, bleibt aber wirtschaftlich

"Das GAP-Paket ist ein guter Kompromiss für uns Landwirte. Daher bin ich froh, dass Österreich und der Rat der EU-Mitgliedstaaten ihre Zustimmung gegeben haben. Das ist auch ein großer Verhandlungserfolg für unser Land und Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger. Auf EU-Ebene haben wir uns in jeder Phase der Verhandlungen für unsere Bäuerinnen und Bauern eingesetzt, um das heimische System der qualitativ hochwertigen und kleinstrukturierten Landwirtschaft abzusichern. Die Verhandler sind auf den letzten Metern konstruktiv aufeinander zugegangen. Wir haben das gemeinsame und übergeordnete Ziel im Auge behalten: Ein starkes Europa braucht eine starke GAP. Die österreichischen und die europäischen bäuerlichen Familienbetriebe haben nach drei Jahren Verhandlungen endlich die Planungssicherheit und Rückendeckung, die sie verdienen. Die GAP wird grüner und bleibt dabei wirtschaftlich. Das ist gelungen, und das ist entscheidend", betont **Simone Schmiedtbauer**, Agrarsprecherin der Volkspartei im Europäischen Parlament.

25% - Schmiedtbauer zufrieden mit zweckgebundenen Öko-Regelungen

"Im Verhandlungsmarathon um die Öko-Regelung haben wir uns auf 25% Zweckbindung für effektiven Klima- und Umweltschutz in der 1. Säule bei den Direktzahlungen geeinigt. Unsere Vorleistungen werden anerkannt und honoriert, unsere bewährten Maßnahmen der 2. Säule bleiben und werden belohnt. Wir machen Klima- und Umweltschutz mit Hausverstand: Wichtig ist, dass die geforderten Klima- und Umweltschutzleistungen erbracht werden, nicht aus welchem Fördertopf sie bestritten werden - also aus der 1. oder der 2. Säule", sagt Schmiedtbauer. Mehr als 72 Mrd. Euro werden damit pro GAP-Periode für Klima- und Umweltleistungen zweckgewidmet.

Almflächen: Unterstützung für Berggebiete gesichert

Die Basiszahlungen auf Almflächen können wie bisher differenziert werden. "Mit den Ausgleichszahlungen können wir die Unterstützung der kleinstrukturierten Bergbauernbetriebe und so auch der benachteiligten Gebiete gewährleisten. Das garantiert auch in Zukunft mit Vieh bestockte Almen, die von Bäuerinnen und Bauern bewirtschaftet werden. Diese Familien pflegen jene Kulturlandschaft, die von Freizeitnutzern gerne bewandert und bestaunt wird", so Strasser.

Strasser: Absage an grüne Stilllegungs-Phantasien

"Wir werden uns nicht die Frage stellen, ob wir künftig in Reservaten leben wollen, wo Tiere zum Streicheln gedacht sind und wir den Bäumen beim Umfallen zuschauen. Wir müssen vielmehr darüber reden, wie wir 8 Mio. Österreicherinnen und Österreicher künftig mit nachhaltig produzierten Lebensmitteln versorgen können", erteilt Strasser überbordenden Plänen zur Außer-Nutzung-Stellung von Flächen eine Absage. "Wichtig ist für uns, dass wir unsere agrarischen Flächen unter Berücksichtigung des jeweiligen Standortes nutzen können. Flächen zu nutzen bringt einen weitaus größeren Beitrag für Umwelt und Klima, als einen Glassturz drüber zu stülpen", argumentiert Strasser.

Auf EU-Ebene bedarf es noch der formellen Annahme im Plenum des Europäischen Parlaments. Dies wird voraussichtlich im September/Oktober 2021 erfolgen. Österreich kann damit seinen GAP-Strategieplan wie geplant Ende des Jahres 2021 bei der Kommission einreichen. Im Laufe des Jahres 2022 wird die EU-Kommission den nationalen Strategieplan genehmigen, und ab dem 1. Jänner 2023 kann dieser in Umsetzung gehen. (Schluss) - APA OTS 2021-06-29/12:36

EU-Agrarrat: Minister diskutieren Vorgaben zum Bienenschutz

Kommission schlägt Schwellenwert bei Überarbeitung des EFSA-Leitfadens vor

Luxemburg, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Die EU-Agrarminister verständigten sich bei ihrem zweitägigen Treffen am Montag und Dienstag auch auf ein besseres Schutzniveau für Bienen. An Pflanzenschutzmittel sollen strengere Kriterien angelegt werden, wenn sie Bienen gefährden. Ein Rückgang eines Bienenvolkes von allenfalls 10% soll bei der Zulassung neuer Wirkstoffe toleriert werden. Die EU-Kommission will diesen Schwellenwert bei der Überarbeitung eines Bienenleitfadens der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) vorschlagen. * * * *

EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides** bekam für diesen Schwellenwert eine Unterstützung des EU-Agrarministerrates in Luxemburg. Frankreich, die Niederlande, Italien und einige andere EU-Mitgliedstaaten hätten den tolerierten Rückgang eines Bienenvolkes von nur 7% besser gefunden. Estland, Finnland und Bulgarien wollten dagegen eine Verringerung von bis zu 12% zulassen. Am Schluss erklärten sich die meisten EU-Länder mit den von der EU-Kommission vorgeschlagenen 10% einverstanden. Die EFSA hatte 2013 einen Bienenleitfaden vorgelegt, der allerdings nur vom Europaparlament, nicht aber von den EU-Mitgliedstaaten mehrheitlich angenommen wurde. Jetzt soll der Leitfaden weiter aktualisiert und das Schutzniveau für die Bienen verbessert werden. (Schluss) mö

Langer-Weninger: GAP-Einigung bringt EU-weite Ökologisierung der Landwirtschaft

Tragbarer Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Forderungen

Linz, 29. Juni 2021 (aiz.info). - "Die im Rahmen der Trilog-Verhandlungen erzielte und von den EU-Agrarministern bestätigte Grundsatzvereinbarung über die künftige EU-Agrarpolitik stellt unsere bäuerlichen Familienbetriebe erneut vor massive Herausforderungen in der Bewirtschaftung ihrer Flächen. Sie ist aber vor dem Hintergrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Diskussionen als tragbarer inhaltlicher Kompromiss zwischen den Anforderungen der Wirtschaftlichkeit und des Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutzes zu sehen. Zudem bringt der nun EU-weit vorgeschriebene Mindestanteil der Direktzahlungen für Umwelt- und Klimaauflagen mehr Fairness im EU-internen wirtschaftlichen Wettbewerb der Landwirtschaft", betont Oberösterreichs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsidentin **Michaela Langer-Weninger**. * * * *

"Künftig sollen 25% der bisherigen Direktzahlungen an noch strengere Umwelt- und Klimaschutzauflagen gebunden werden. Schon bisher ist der Erhalt agrarischer Direktzahlungen im Rahmen des Greenings an die Stilllegung von 5% der Ackerflächen für ökologische Zwecke, die Einhaltung strenger Fruchtfolgeauflagen und ein Umbruchsverbot für Dauergrünland gebunden. Zusätzlich müssen im Rahmen der Cross-Compliance-Regelungen eine Reihe von über die gesetzlichen Standards hinausgehenden Auflagen in den Bereichen Umwelt-, Boden-, Wasser- und Klimaschutz eingehalten werden", so die LK-Präsidentin.

Wichtige österreichische Verhandlungserfolge

"Österreich konnte in den Verhandlungen durchsetzen, dass die freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen des ÖPUL bei der neuen Öko-Regelung im Bereich der Direktzahlungen eine entsprechende Anrechnung erfahren. Damit kann auch in der neuen Förderperiode wieder ein umfassendes Agrarumweltprogramm angeboten werden. Zudem können die Direktzahlungen - so wie bisher - zwischen Almflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Nutzflächen differenziert werden, sodass die bisherigen Modelle der Bergbauernförderung und der Unterstützung der Almwirtschaft fortgeführt werden können", unterstreicht Langer-Weninger.

"Auf Ackerflächen sind im Rahmen der Umweltauflagen nun mindestens 4% der Flächen als Brache zur Förderung der Biodiversität anzulegen und weiterhin entsprechende Fruchtfolgeauflagen einzuhalten. Österreich konnte hier durchsetzen, dass Kleinbetriebe mit bis zu 10 ha Ackerfläche von diesen Auflagen ausgenommen werden und im Rahmen der allgemeinen Umweltauflagen für Grünlandflächen keine gesonderten Biodiversitätsauflagen verankert werden", ergänzt die Präsidentin.

Zusätzliche Bürokratie für bäuerliche Betriebe abwenden

Die neue Bindung der Gewährung der Direktzahlungen an Arbeits- und Sozialrechtsregelungen solle nun so umgesetzt werden, dass diese mit keinen zusätzlichen Bürokratie- und Kontrollanforderungen einhergehen. Zudem werde die Einhaltung von Arbeits- und Sozialrechtsregelungen künftig einen wesentlichen Schwerpunkt der EU-geförderten Beratungsdienste für landwirtschaftliche Betriebe darstellen.

"Bundesministerin Elisabeth Köstinger konnte damit in den angeführten Bereichen vor allem zusätzliche Bürokratie für die österreichischen bäuerlichen Familienbetriebe abwenden und gleichzeitig die erforderlichen Grundlagen zur Fortführung eines umfassenden freiwilligen Agrarumweltprogramms und der bisher bewährten Bergbauernförderung sicherstellen", zieht die Kammerpräsidentin ein insgesamt positives Resümee zum erzielten Kompromiss.

Grundlage für Fertigstellung des nationalen GAP-Strategieplans

Die EU-Mitgliedstaaten arbeiten derzeit an der Erstellung ihrer Strategiepläne zur nationalen Umsetzung der GAP. Die Landwirtschaftskammer fordert dazu eine ausreichende finanzielle Dotierung der neuen Bergbauernförderung sowie der Investitionsförderung, um künftige Antragsstopps nach Möglichkeit zu verhindern. "Das neue Agrarumweltprogramm muss so ausgestaltet werden, dass auch flächenknappere Tierhaltungsbetriebe wirtschaftlich attraktive Teilnahmebedingungen vorfinden und so auch künftig ein flächendeckender Ansatz bei den freiwilligen Umweltmaßnahmen sichergestellt werden kann", appelliert Langer-Weninger. (Schluss)

Freiwillige Herkunftsauslobung "Gut zu wissen" um Milchprodukte erweitert

Wagner: Klares Bekenntnis zu heimischer Qualität und regionaler Versorgung

St. Pölten, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Mit der Initiative "Gut zu wissen, wo unser Essen herkommt" (www.gutzuwissen.co.at) haben die Landwirtschaftskammern ein Zeichen gesetzt, um die Herkunft der Zutaten für die Mahlzeiten in Großküchen seriös auszuloben. Mittlerweile werden bundesweit mehr als 8 Mio. Essensportionen jährlich mit der Lupe transparent gekennzeichnet. Neben Fleisch und Eiern wurde die Auslobung der Herkunft nun auf Milch und Milchprodukte erweitert. * * * *

Mehr als 70 Betriebe aus unterschiedlichsten Bereichen, wie Kantinen in Schulen, Bundesministerien, Seniorenheimen oder Spitälern sowie das Catering in den Speisewägen der ÖBB, nehmen an "Gut zu wissen" teil. Selbstverständlich war die Landwirtschaftskammer (LK) NÖ mit ihrem Betriebsrestaurant "Zum Landwirt" von Beginn an mit dabei. Nun wurden die Auslobungsrichtlinien auch auf Milch und Milchprodukte erweitert.

Klares Bekenntnis zu Qualität und nachvollziehbarer regionaler Versorgung

Landwirtschaftskammer NÖ-Vizepräsidentin **Andrea Wagner** erklärt: "Die 70 Betriebe und auch unser Betriebsrestaurant in der LK Niederösterreich nehmen freiwillig an dieser Initiative teil, weil wir alle von der Qualität der heimischen Lebensmittel und dem Wert der regionalen Versorgung überzeugt sind. Mit 'Gut zu wissen' geben wir auch unseren Verpflegungsgästen und unseren Landwirten gegenüber ein klares Bekenntnis dafür ab."

Jetzt neu dabei: Milch und Milchprodukte

Ein weiterer wesentlicher Meilenstein wird nun durch die Ausweitung der transparenten Herkunftskennzeichnung auf Milch und Milchprodukte gesetzt, wie dies auch im Bundesregierungsprogramm mit der Forderung nach "einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung der Primärzutaten Milch, Fleisch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung und in verarbeiteten Lebensmitteln" verankert ist. Dazu sagt der Obmann der Milchgenossenschaft NÖ, **Johann Krendl**: "Das ist ein echter Meilenstein, denn ab sofort haben die 8 Mio. Gäste der 'Gut zu wissen'-Großküchen auch volle Transparenz bei Speisen mit Milch und Milchprodukten. Mit dieser Ausweitung wird der Weg der Milch von der Wiese bis zum Teller aufgezeigt und die Herkunft von Milch, Butter, Rahm, Joghurt, Schlagobers, Käse und aller anderen Milchprodukte garantiert."

Herkunftsgesicherte Lebensmittel stärken die Wertschöpfungskette

Krendl betont: "Österreichs Agrar- und Lebensmittelproduktion ist europaweit Vorbild, wenn es um Qualität, Tierwohl und Gentechnikfreiheit geht. Dieser hohe Standard muss für die Gäste sichtbar sowie nachvollziehbar sein und bei Lieferanten konsequent eingefordert werden." Damit wird die Nachfrage nach herkunftsgesicherten Lebensmitteln angekurbelt, die regionale Wertschöpfungskette nachhaltig belebt, Arbeitsplätze sowie regionale Versorgung werden gesichert. Allerdings weist Wagner darauf hin, dass Freiwilligkeit nicht ausreicht: "Deshalb fordern wir seitens der Landwirtschaftskammer den nächsten Schritt hin zu einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung für die Gemeinschaftsverpflegung. Restaurants und Gasthäuser sollen freiwillig daran teilnehmen können." Das Vorbild dafür ist das Kennzeichnungssystem in der Schweiz, das schon seit 1996 bestens funktioniert. (Schluss)

Deutscher Schweinebestand gegenüber dem Vorjahr deutlich rückläufig

Zahl der Rinder fällt mit minus 1,1% ebenfalls geringer aus

Wiesbaden, 29. Juni 2021 (aiz.info). - In Deutschland wurden zum Stichtag 3. Mai 2021 rund 24,6 Mio. Schweine gehalten. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ist die Zahl nach vorläufigen Ergebnissen seit der letzten Erhebung zum 3. November 2020 um 5,5% oder 1,430.600 Tiere gesunken. Gegenüber dem Vorjahreswert zum 3. Mai 2020 ist der Bestand um 3,3% oder 840.400 Schweine zurückgegangen. * * * *

Auffällig sind insbesondere die Veränderungen bei den Mastschweinen. Nachdem hier der Bestand im November 2020 auf 11,9 Mio. Tiere angestiegen war, ging er im Mai 2021 um 5,9% auf 11,2 Mio. Mastschweine zurück. Dieser Rückgang ist vor allem auf eine deutliche Abnahme des Bestandes an

schweren Tieren mit 110 kg und mehr Lebendgewicht zurückzuführen. Hier hatte deren Zahl im November 2020 noch um 35,8% zugenommen. Zum 3. Mai 2021 ging der Bestand wieder um 23,9% zurück. Durch die Beschränkung der Kapazitäten in den Schlachthöfen infolge der Corona-Pandemie konnten Schweine teilweise nicht geschlachtet werden. Dies führte zu einer Erhöhung der Bestände bei den schweren Mastschweinen. Die gesunkenen Bestände zum 3. Mai 2021 deuten darauf hin, dass die Schlachtungen nun größtenteils nachgeholt werden konnten.

Anzahl der schweinehaltenden Betriebe ebenfalls rückläufig

Neben den Beständen ist auch die Zahl der schweinehaltenden Betriebe rückläufig. Zum 3. Mai 2021 wurden 19.800 Betriebe gezählt, das sind um 3,3% oder 700 weniger als noch im November 2020. Im Vergleich zum Vorjahr liegt der Rückgang bei 3,2% (700 Betriebe). Verantwortlich für diese Verringerung waren unter anderem deutlich gesunkene Schweinepreise sowie erschwerte Exportbedingungen durch die Afrikanische Schweinepest.

Auch im Zehnjahresvergleich sinkende Tier- und Betriebszahlen

Im Zehnjahresvergleich ging in Deutschland sowohl die Anzahl der gehaltenen Schweine als auch die Anzahl der Betriebe zurück. Der Schweinebestand sank um 7,9% oder 2,1 Mio. Tiere, während die Anzahl der Betriebe um 37,5% oder 11.900 Betriebe abnahm. Dadurch erhöhte sich der durchschnittliche Schweinebestand in den letzten zehn Jahren von 845 auf 1.246 Tiere je Betrieb.

Rinderbestand gegenüber November 2020 leicht geschrumpft

Zum 3. Mai 2021 wurden in Deutschland rund 11,2 Mio. Rinder gehalten. Dies sind 1,1% beziehungsweise 125.600 Tiere weniger als im November 2020. Ein ähnlicher Rückgang zeigte sich bei der Zahl der Milchkühe: Zum aktuellen Erhebungsstichtag wurden hier rund 3,9 Mio. Tiere gezählt, dies sind 0,8% weniger als im November 2020. Die Anzahl der Milchkuhalter verringerte sich im letzten Halbjahr um 2,6% auf 55.800 Betriebe. (Schluss)

Bio Austria gibt Richtpreise für Futtergetreide "von Bio-Bauer zu Bio-Bauer" bekannt

EU-weit wachsender Markt sorgt für gute Absatzentwicklung und positive Prognose

Wien, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Alljährlich vor der Getreideernte erhebt der Vorstand von Bio Austria im Auftrag seiner Mitgliedsbetriebe gemeinsam mit Vertretern von Ackerbäuerinnen und Ackerbauern sowie bäuerlichen Betrieben aus dem Veredelungsbereich ein angemessenes Preisband für den Futtergetreidehandel. Dieses soll ein maßgeblicher Anhaltspunkt für den Handel von Futtergetreide zwischen Bio Austria-Bauern sein. Es handelt sich dabei um eine rechtlich unverbindliche Orientierungshilfe zur leichteren Einschätzung des Marktes. * * * *

"Bei den heurigen Gesprächen und in den daraus resultierenden Richtpreisen im Bereich Futtermittel hat die insgesamt positive Situation am Bio-Markt Niederschlag gefunden. Die aktuellen Aussichten sind gut, wir sehen den kommenden Monaten positiv entgegen", betonte Bio Austria-Obfrau

Gertraud Grabmann nach den Gesprächen, die gestern in Linz stattgefunden haben.

Markanter Anstieg des Bedarfs im Veredelungsbereich erwartet

"Die Herausforderungen der vergangenen Jahre konnten durch die hohe - auch COVID-bedingte - Nachfrage im europaweit wachsenden Markt bewältigt werden. Die aus den aktuellen Richtpreisen ersichtliche Preisstabilität beziehungsweise Preisentwicklung ist unter anderem in der aktuell guten und weiterhin als positiv eingeschätzten Absatzentwicklung begründet. So wird etwa ein markanter Anstieg des Bedarfs im Veredelungsbereich erwartet", erläutert Grabmann.

Aktuell werden für folgende Bio-Ackerfrüchte rechtlich unverbindliche Richtpreise als angemessen im Vertriebsweg zwischen Bio Austria-Bauern erkannt: Futtergerste 290 Euro, Futterweizen 305 Euro, Futtertriticale 280 Euro, Futterroggen 240 Euro, Futterhafer 270 Euro, Futtererbse 470 Euro, Platterbse 470 Euro, Ackerbohne/Lupine 490 Euro.

Diesen Richtpreisen liegen folgende Annahmen zugrunde: Preise in Euro/t von Bauer zu Bauer, Ware entspricht dem Bio Austria-Standard, ohne Berücksichtigung von Transportkosten, gerechnet für 25 t, exklusive Umsatzsteuer, ohne Aspiration, ab Hof, feldfallend mit 2% Besatz, 14% Feuchte, alles darüber hinaus wird in Abzug gebracht.

Kostenvorteil berücksichtigen

Grabmann weist darauf hin, dass Bio-Betriebe, die nicht nach Bio Austria-Richtlinien produzieren, in der Erzeugung aufgrund der weniger strengen Auflagen, wie etwa geringere Beschränkungen im Bereich des Zukaufs von Stickstoffdünger, einen Kostenvorteil von rund 30 Euro/t haben. Diese Tatsache soll beim Handel unter Bio-Bauern in Bezug auf die genannten Richtpreise berücksichtigt werden. Eine weitere Differenzierung besteht naturgemäß bei Ware von Umstellungsbetrieben. Außerdem verweist Grabmann darauf, dass verkaufende Bio-Betriebe, sollten sie keinem Bio-Verband angehören, vor dem Handel mit der Ware die Zulassung derselben bei Bio Austria zu beantragen haben. (Schluss)

Palfinger setzt in den Firmenküchen auf transparente Herkunft

"Gut zu wissen"-Zertifikat und "Ausgezeichnet aufgetischt"-Tafel erhalten

Salzburg, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Salzburgs Landwirtschaftskammer (LK)-Präsident **Rupert Quehenberger** hat gestern den Kranhersteller Palfinger AG mit dem "Gut zu wissen"-Zertifikat der LK Österreich ausgezeichnet. Das Salzburger Unternehmen setzt in seinen Betriebsküchen auf österreichische Herkunft der Lebensmittel und hat dies nun mit der freiwilligen Zertifizierung eindrucksvoll unterstrichen. Küchenchef Manfred Stüfler serviert den Mitarbeitern jährlich 100.000 Portionen. Da viele Zutaten aus Salzburg stammen, erhielt CEO **Andreas Klauser** auch die "Ausgezeichnet aufgetischt"-Tafel vom Salzburger Agrar Marketing, die unterstreicht, dass in der Betriebsküche viele Lebensmittel aus dem Bundesland eingesetzt werden. * * * *

"Für unsere Bäuerinnen und Bauern ist es eine besondere Wertschätzung, wenn sich ein Salzburger Paradeunternehmen wie Palfinger freiwillig zertifizieren lässt und bewusst auf Lebensmittel aus dem Bundesland und aus Österreich setzt. Die Mitarbeiter erhalten in den Firmenrestaurants damit echte

Transparenz über die Herkunft von Milch und Milchprodukten sowie Fleisch und Eiern, die für die Zubereitung der Speisen verwendet werden", so Quehenberger. Für ihn schließt sich ein großer Kreis: "Viele Produkte der Firma Palfinger sind auf den Höfen und in den Wäldern unserer Bäuerinnen und Bauern im Einsatz und leisten hervorragende Arbeit. Wenn die Firma Palfinger heimische Lebensmittel in ihren Firmenrestaurants verwendet, dann ist das eine gelebte und vor allem ehrliche Regionalität, von der alle profitieren."

"Die Zufriedenheit der eigenen Mitarbeiter sowie die regionale Beschaffung sind für uns zentrale Faktoren beim Thema Nachhaltigkeit. Beide Zielsetzungen versuchen wir unter anderem auch in unserem Betriebsrestaurant in Bergheim umzusetzen. Nicht nur, dass qualitativ hochwertiges Essen einen hohen Motivationsfaktor bei der Arbeit darstellt, möglichst kurze Transportwege verringern auch die CO2-Belastung. Zudem sichert die regionale Beschaffung von Lebensmitteln Arbeitsplätze in der Region. Palfinger setzt schon seit Jahrzehnten auf lokale Wertschöpfung und Transparenz. Mit unserer freiwilligen Zertifizierung bei 'Gut zu wissen' und als teilnehmender Partner bei dieser Initiative möchten wir auch unseren Mitarbeitern als Vorbild vorangehen und den Kauf von lokalen Produkten von Bäuerinnen und Bauern weiter fördern," so Klausner.

Die "Gut zu wissen"-Betriebe werden jährlich nach AMA-Richtlinien von unabhängigen Kontrollstellen überprüft und zertifiziert. Das gibt dem Konsumenten die Sicherheit, dass im Essen drinnen ist, was draufsteht. Das Herkunftssiegel wurde 2015 ins Leben gerufen, mittlerweile nehmen mehr als 80 große Betriebe aus unterschiedlichsten Bereichen teil. Mit dabei sind unter anderem die Speisewägen der ÖBB, die Kantine des ORF-Zentrums in Wien, die Messe Salzburg, die Bundesministerien und Landeskrankenhäuser. Aktuell wird bei jährlich mehr als 18 Mio. Essensportionen die Herkunft der Milch-, Ei- und Fleischspeisen mit dem "Gut zu wissen"-Siegel transparent gekennzeichnet.

Auf www.gutzuwissen.co.at findet man alle teilnehmenden Partner und die Kriterien für die Teilnahme. (Schluss)

Hofer will Frischfleisch-Sortiment bis 2030 zur Gänze umstellen

Tierwohl-Offensive der deutschen Aldi-Gruppe wird begrüßt

Sattledt, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Der österreichische Diskonter Hofer begrüßte heute den am vergangenen Freitag von der deutschen Lebensmittelhandelskette Aldi verkündeten Entschluss, bis 2030 das gesamte Frischfleisch-Sortiment auf ein noch höheres Level bei Tierwohl-Haltungsformen umzustellen (aiz.info berichtete). Hofer gehört bekanntlich der Unternehmensgruppe Aldi Süd an. * * *

Hofer verweist in diesem Zusammenhang auf seine Bio-Marke "Zurück zum Ursprung" und sein Tierwohl-Projekt "FairHOF". Bei beiden Eigenmarken verzeichnet das Unternehmen große Steigerungsraten und ein stetiges Wachstum im Sortiment: "FairHOF" ging im Jänner 2017 mit 14 Artikeln an den Start und zählt mittlerweile über 70 verschiedene Schweinefleisch-, Rindfleisch-, Molkerei-, Hühner- und Putenartikel von 90 Bäuerinnen und Bauern aus der Region. Unter "Zurück zum Ursprung" sind bei Hofer jährlich über 450 nachhaltige Bio-Produkte aus Österreichs Regionen von über 4.000 Bäuerinnen und Bauern erhältlich. Damit machen die Produkte der beiden

Eigenmarken bereits 20% des Fleisch- und Wurstumsatzes von Hofer aus. Der Discounter will den Tierwohl-Anteil im Sortiment weiter erhöhen und verfolgt für 2030 das Ziel, die 100%-Marke zu erreichen. Wie sich der Weg dorthin gestaltet und welche Maßnahmen man zur Zielerreichung setzt, hänge auch von den politischen und agrarischen Rahmenbedingungen ab, wird betont.

Stufenweise Umstellung auf Fleisch aus höchsten Haltungsformen

Wie berichtet, peilen Aldi Nord und Aldi Süd heuer beim Frischfleischverkauf zunächst einen Umsatzanteil von 15% von Ware aus den Haltungsformen 3 und 4 an, bis 2026 soll er auf 33% steigen. Bis zum Jahr 2025 will Aldi aus dem Verkauf von Fleisch der niedrigsten Stufe 1 aussteigen, bis 2030 soll die Umstellung komplett abgeschlossen sein. Die Einteilung in Haltungsformen ist eine von der deutschen Lebensmittelwirtschaft entwickelte Klassifizierung für Frischfleisch. Sie macht Vorgaben für die Art der Haltung von Nutztieren, etwa zum Mindestplatzanspruch in Ställen, zum Auslauf, zur Fütterung und zur Gesundheitsüberwachung. Stufe 1 entspricht der Stallhaltung gemäß gesetzlicher Vorgaben, Stufe 4 garantiert den Tieren unter anderem mindestens die doppelte Mindestfläche und ständigen Zugang zu Freigeländen. Futter muss ab Stufe 3 gentechnikfrei sein, Bio-Fleisch wäre in die vierte Stufe einzuordnen.

Jubel und Skepsis

Während Greenpeace die Ankündigung von Aldi bejubelte, zeigte sich der Deutsche Bauernverband (DBV) abwartend: "Den Worten müssen auch Taten folgen. Die Haltungsstufen 3 und 4 sind aktuell eine absolute Marktnische. Wenn das Angebot in diesem Segment weiterentwickelt werden soll, sind in der Tierhaltung massive Investitionen und vor allem langfristige und verlässliche Liefervereinbarungen erforderlich", gab DBV-Präsident **Joachim Rukwied** zu bedenken. Ohne Überwindung der politischen Blockade beim Tierwohlvorrang im Baurecht dürfte aus dieser Idee nichts werden, weil die erforderlichen Angebotsmengen nicht bereitgestellt werden könnten, so Rukwied. (Schluss)

Berglandmilch erhöht Erzeugerpreis ab Juli um 1 Cent netto

Angespannte Futtersituation und stark gestiegene Produktionskosten als Grund

Wels, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Der Vorstand der Berglandmilch, des größten österreichischen Molkereiunternehmens, hat beschlossen, den Erzeugerpreis für GVO-freie Qualitätsmilch mit 4,2% Fett und 3,4% Eiweiß ab 1. Juli 2021 um netto 1 Cent/kg (brutto 1,13 Cent) auf netto 37,20 Cent/kg (brutto 42,04 Cent/kg) zu erhöhen. "Die extrem angespannte Futtersituation und die stark gestiegenen Produktionskosten auf den heimischen Bauernhöfen veranlassen Berglandmilch, mit dieser Milchpreiserhöhung in Vorleistung zu treten. Preiserhöhungen gibt es auch aufseiten der Molkerei, vor allem im Bereich Verpackungsmaterial, zu stemmen", teilt die Geschäftsführung mit. * *

Die Berglandmilch hatte bereits im Mai dieses Jahres die Erzeugerpreise für die knapp 10.000 heimischen Bauern, welche das Unternehmen mit Rohmilch beliefern, erhöht. Neben diesen Grundpreisanpassungen, die für alle Milchsorten gelten, wurde im April die Auszahlung für Bio-Milch erhöht. Aktuell werden für Bio-Milch 48,31 Cent netto beziehungsweise 54,59 Cent brutto/kg ausbezahlt. Um die österreichischen Almbauern zu unterstützen, wurde mit Juni zudem ein Almmilchzuschlag neu eingeführt. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Ernte der Fröhsorten schreitet zügig voran

Erzeugerpreise nochmals leicht zurückgenommen

Wien, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Am österreichischen Fröhkartoffelmarkt gab es in der vergangenen Woche wenig Bewegung. Die Erntearbeiten der Fröhsorten kamen in allen Bundesländern zügig voran, die Hektarerträge stiegen in Ostösterreich aber kaum mehr an. Bei hochsommerlichen Temperaturen von über 30 °C in den letzten Tagen haben die Bestände das Knollenwachstum eingestellt. Die verfügbaren Angebotsmengen sind für die hitzebedingt ruhige Inlandsnachfrage aber dennoch gut ausreichend, berichtet die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau. * * * *

Die Erzeugerpreise wurden in der vergangenen Woche nochmals leicht zurückgenommen. In Niederösterreich und im Burgenland wurden zu Wochenbeginn meist 28 Euro/100 kg bezahlt. In Oberösterreich ging in der Vorwoche die Fröhkartoffelsaison erst so richtig los. Die Erzeugerpreise lagen hier zuletzt bei 35 Euro/100 kg. Während das Angebot an Fröhkartoffeln momentan noch gut ausreichend ausfällt, haben sich die Ertragsaussichten für die Haupternte 2021 in den letzten 14 Tagen deutlich verschlechtert. In den Trockengebieten Ostösterreichs konnten die Kartoffelbestände die Reihen bislang nicht schließen, weil das dringend für das Wachstum notwendige Wasser fehlt. Zudem richteten regionale Hagelunwetter massive Schäden bei den Beständen an. Sollte die niederschlagsarme Witterung noch länger anhalten, ist aus heutiger Sicht mit einer sehr schwachen Haupternte zu rechnen.

Auch in Deutschland hat nun die Fröhkartoffelsaison begonnen. Zwar findet man noch die eine oder andere Partie an alterntiger Lagerware im Lebensmitteleinzelhandel. Sukzessive werden diese nun aber auf festschalige Fröhkartoffeln umgestellt. Da die verfügbaren Angebotsmengen für den aktuellen Bedarf nicht ausreichen, werden diese durch Fröhkartoffeln aus Ägypten, Israel und Spanien ergänzt. Die Erzeugerpreise für festschalige deutsche Fröhkartoffeln lagen zu Wochenbeginn mit durchschnittlich 50 bis 52 Euro/100 kg auf dem Niveau der Importware. (Schluss)

LTC setzte Spatenstich für neues Kompetenzzentrum in Redlham

Moderner Standort mit vielfältigem Angebot

Redlham, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Das Lagerhaus Landtechnik-Center (LTC) errichtet bis zum Fröhjahr 2022 im Gewerbepark Ost in Redlham/OÖ ein neues Landtechnik-Kompetenzzentrum. Auf rund 10.000 m² entstehen hier eine großzügige Landtechnik-Ausstellung, Büros sowie eine moderne Werkstätte samt Ersatzteillager für Landwirte, Kommunen und Hobbygärtner. Am neuen Standort werden 25 Mitarbeiter beschäftigt, geleitet wird das LTC Redlham von Regionsleiter Christoph Lehner und Standortleiter Michael Schellander. * * * *

"Eine leistungsfähige und gleichzeitig umweltfreundliche Landwirtschaft wie in Oberösterreich braucht auch innovative technische Lösungen. Dafür einen starken Partner vor Ort zu haben, ist von großer Bedeutung", betonte Landesrat **Max Hiegelsberger** den Stellenwert eines modernen Landtechnik-Standortes für die Landwirtschaft.

Auf einer Ausstellungsfläche von mehr als 6.000 m² wird das LTC Redlham eine breite Auswahl an innovativen und modernen Land- und Kommunalmaschinen sowie Gartengeräten präsentieren. Die Kunden werden aus neuen und gebrauchten Maschinen auswählen können. Zusätzlich werden im Schauraum aktuelle Innovationen in der Landtechnik präsentiert. Die Mitarbeiter schulen zudem beim Kauf der Landtechnik in die Agrarmanagement-Systemlösungen, wie das Lenksystem Auto Trac oder die Möglichkeiten des Connected Support für eine Online-Unterstützung, ein.

Auch die Werkstätte wurde bestmöglich an die Bedürfnisse der Kunden in der Region angepasst. Zusätzlich wird ein mobiles Reparaturservice angeboten. Dabei werden dank eines großen Ersatzteillagers mit rund 4.000 verschiedenen Artikeln sowie der Möglichkeit einer Nachbestellung innerhalb eines Tages möglichst kurze Reparaturzeiten gewährleistet. (Schluss)

Russland verschärft Kontrolle über importierte Agrarchemikalien

Ab 2022 landesweites Informationssystem zur Rückverfolgung geplant

Moskau, 29. Juni 2021 (aiz.info). - Russland erlaubt ab heute die Einfuhren von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern lediglich über 14 extra dafür ausgewiesene Grenzkontrollpunkte. Eine entsprechende Regierungsanordnung trat zeitgleich mit der Ende 2020 vom Parlament verabschiedeten Verschärfung des nationalen Gesetzes über den sicheren Umgang mit Agrarchemikalien in Kraft. Dabei gehe es um diejenigen Kontrollpunkte, die über Spezialausrüstungen für die Überwachung der Qualität betreffender Lieferungen verfügten, teilte der Regierungspressemitteilung mit. Mit Kontrollen sind der Föderale Zolldienst (FTS) sowie der Aufsichtsdienst für Tier- und Pflanzengesundheit (Rosselkhoznadzor) beauftragt. Letzterer wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass immer mehr Länder die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Mineraldüngern sowie deren Importe strenger kontrollierten. Rosselkhoznadzor, der für die Überwachung des vorschriftsgemäßen Einsatzes von Agrarchemikalien zuständig ist, sei nun auch dafür verantwortlich, die Einfuhr von minderwertigen beziehungsweise Schmuggel-Präparaten zu unterbinden. Ein landesweites Informationssystem, das die Rückverfolgbarkeit der im Umlauf befindenden Mittel zu gewährleisten hätte, soll ab dem nächsten Jahr zur Verfügung stehen. (Schluss) pom